

Auswertung eines Gesprächs unter Kollegen über den Volksentscheid

Mit einer großangelegten Kampagne zum Volksentscheid buhlte die SED-Führung 1968 bei der DDR-Bevölkerung um "Ja"-Stimmen für die neue Verfassung. Die Stasi überwachte dabei das Wahlverhalten der Bürgerinnen und Bürger. Ein Stasi-Spitzel mit dem Decknamen "Blitz" berichtete von Gesprächen aus seinem Arbeitsumfeld über die anstehenden Wahlen zum Volksentscheid.

Am 6. April 1968 fand der einzige Volksentscheid in der Geschichte der DDR statt. Zur Abstimmung stand der Entwurf einer neuen Verfassung. In ihr wurde der SED ausdrücklich die führende Rolle in der DDR, dem nunmehr "sozialistischen Staat deutscher Nation", zugesprochen.

Damit bei der Abstimmung im Sinne der SED alles glatt ging und alle Wahlberechtigten ihr Kreuzchen beim "Ja" setzten, inszenierte die Staatspartei vorab monatelang sogenannte Volksaussprachen. Diese in Arbeitskollektiven, an Hochschulen, Universitäten und bei den Streitkräften organisierten Versammlungen dienten der Kontrolle und Lenkung des Abstimmungsverhaltens. Trotzdem sagten in einigen Regionen 10 Prozent der Wählerinnen und Wähler "Nein" zur Verfassung.

Eine zentrale Rolle im Umfeld des Volksentscheids kam der Staatssicherheit zu. Der Befehl 8/68 von Stasi-Minister Mielke an alle Diensteinheiten war die Grundlage für die Maßnahme- und Einsatzpläne des MfS rund um den Volksentscheid. Aktion "Optimismus" war der geheimpolizeiliche Name für diese Operation. Sie begann am 28. März 1968, 17 Uhr, und endete am 7. April 1968, 17 Uhr.

Alle Diensteinheiten waren verpflichtet, regelmäßig über die allgemeine Stimmung in der Bevölkerung zu informieren, vor allem darüber, ob es ablehnende Haltungen oder gar offenen Protest gegen die neue Verfassung gab. Die Berichte wurden zusammengefasst und an die Zentrale Auswertungs- und Kontrollgruppe (ZAIG) des MfS gemeldet. Diese hatte die Aufgabe, die Partei- und Staatsführung täglich auf dem Laufenden zu halten. So sollte das Wahlverhalten der Bürgerinnen und Bürger mit hohem Aufwand überwacht und gesteuert werden.

Inoffizielle Mitarbeiter wurden beauftragt, über Meinungen und Stimmungen zum Volksentscheid zu berichten. So gab der Geheime Informator (GI) "Blitz" den Inhalt der durch die Gewerkschaft organisierten "Volksaussprache" in seinem Arbeitsumfeld wieder. Der Meister sei nicht bereit, die Kollegen zu kontrollieren und zu einer Abstimmung schon am Morgen des Wahltages zu bewegen.

Signatur: BArch, MfS, BV Potsdam, Vorl. A 85/78, Bl. 282-284

Metadaten

Datum: 4.2.1968

Überlieferungsform: Dokument

Auswertung eines Gesprächs unter Kollegen über den Volksentscheid

OPG Hennigsdorf

Hennigsdorf, den 04. 02. 68

224

BStU
0282

T o n b a n d a b s c h r i f t

Quelle: GI "Blitz"

entgegengenommen: Ltn. Markgraf

am: 04. 02. 68

Betr.: Einschätzung über die Auswertung der Gespräche über den Volksentscheid zum 06. 04. 68

Ich sprach heute gegen 12.00 Uhr mit [REDACTED] aus der If. Weiterhin waren an diesem Gespräch beteiligt, der Koll. [REDACTED] aus der If und der Kollege [REDACTED], ebenfalls aus der If. Im Laufe des Gespräches äußerten sich diese drei Personen zu dem Volksentscheid und zu den Gesprächen, die bisher geführt worden sind. Dabei kamen folgende Meinungen zum Ausdruck. Der Koll. [REDACTED] äußerte sich, daß er befürchtet, daß seine pol. Einstellung, die er bisher geäußert hat, auch auf einer Gewerkschaftsversammlung, die innerhalb des Bereiches in der If stattfand in der vorigen Woche (er hat dort einige Äußerungen gemacht, die er mir gegenüber nicht genau definiert hat) erga nur an, daß er sich zu der bevorstehenden Wahl so verhalten wird, daß er seine Stimme abgeben wird, inwiefern äußerte er nicht. Der Koll. [REDACTED] äußerte sich so, daß er aufgefordert ist von seiten der Abteilung, als Meister darüber zu wachen, daß er seine Kollegen anleiten soll, daß sie ihre Stimme in den Vormittagsstunden abgeben sollen. Er vertritt dazu folgende Meinung, daß er nicht in der Lage ist, da ein Teil seiner Kollegen in Nauen, in Falkensee u. a. Orten wohnhaft sind, daß er diese kontrollieren kann. Er kann nur daraufhin wirken, daß die Kollegen ihre Stimme abgeben werden. Er vertrat dabei die Ansicht, daß es nicht seine Aufgabe ist. Er stellte im Laufe einer Diskussion, die im Rahmen der Gewerkschaft durchgeführt worden sind

- 2 -

Auswertung eines Gesprächs unter Kollegen über den Volksentscheid

- 2 -

225
BSTU
0283

und im Gespräch mit einigen Kollegen von der Gewerkschaft die Frage, warum die Versorgung bei uns so schlecht ist. Er wurde angesprochen, daß er die Kollegen informieren soll und sie dazu zu bewegen am 06. 04. 68 ihre Stimme rechtzeitig abzugeben. Er antwortete daraufhin, welche Verpflichtung denn die Partei und die Gewerkschaft eingeht, um zu garantieren, daß die Versorgung hier in Hennigsdorf und Umgebung gewährleistet wird. Er führte als Beispiel an, daß es in Berlin mengenweise Apfelsinen gäbe, hier jedoch waren keine zu bekommen. Dieses Argument warf er mit in die Debatte.

Der Koll. [REDACTED] äußerte sich dahingehend, daß er noch nicht weiß, in welchem Wahllokal er wählen soll bzw. er noch keine konkreten Vorstellungen hat. Er äußerte sich weiter, daß wenn er an diesem Tage Schicht haben würde, er erst dann zum Volksentscheid geht, wenn er von der Arbeit kommt und wenn er bis zu diesem Zeitpunkt noch nicht weiß, in welchem Wahllokal er wählen soll, sich dann nicht mit dem Volksentscheid beteiligen wird. Im Laufe des Gespräches kamen noch einige Äußerungen von diesen Kollegen zutage. Dabei äußerte der Koll. [REDACTED], daß er in Arbeitsklamotten wählen gehen würde, da er seine Malerarbeiten durchführt und er sich nicht beflossen fühlt, sich umzuziehen. Für ihn wäre es kein besonderer Anlaß. Außerdem meinte er, wenn es denen nicht paßt, daß ich so zum Volksentscheid komme, dann können sie mich alle mal am A lecken.

Der Koll. [REDACTED] hob im weiteren Gespräch das Argument heraus, daß er Angst hat, er hätte seine politische Meinung zu kraß geäußert.

Der Koll. [REDACTED] antwortete ihm, daß er sich keine Angst zu machen braucht, denn in dem Gespräch, daß im Rahmen der Gewerkschaftsversammlung geführt wurde, brauche er sich nicht zu fürchten, daß der Koll. [REDACTED] oder irgend eine andere Person von dem Leitungskollektiv der If in diesem Rahmen das Gespräch weiter hinaustragen würden und er ganz unbesorgt sein kann.

Dagegen sagte der Koll. [REDACTED], daß er sich vielmehr vor diesen kleinen "Ulbrichts" vorsehen sollte, die unten in der Halle umherschleichen. Das da welche darunter sind, die die anderen Denunzieren würden.

Z. B. gab er den Koll. [REDACTED] an, der Meister in der If ist. Er sagte, daß dieser Kollege besonders dazu neigt, andere Leute zu denunzieren.

- 3 -

Auswertung eines Gesprächs unter Kollegen über den Volksentscheid

226
BStU
0284

- 3 -

Man müsse sich vor diesen Kollegen vorsehen. Außerdem kam im Verlaufe des Gespräches zum Ausdruck, daß diese drei Kollegen, der Koll. [REDACTED], Koll. [REDACTED] und der Koll. [REDACTED] sich noch nicht darüber im Klaren sind, in welcher Form dieser Volksentscheid durchgeführt werden soll. Sie argumentierten so, daß sie meinten, daß die Wahl so vonstatten geht, daß nur auf dem Stimmzettel der Kreis mit dem ja erscheint und die Möglichkeit zu einem nein garnicht erst rauftkommen kann. Sie sind sich darüber einig, daß diese Art des Volksentscheides ihre Meinung mit beeinträchtigen wird.

gez. Blitz